

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
(20. Ausschuß)**

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/5550 —**

Bundesbericht Forschung 1993

- b) zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
— Drucksache 12/6562 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/5550 —**

Bundesbericht Forschung 1993

- c) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Josef Vosen, Angelika Barbe,
Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/6564 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/5550 —**

Bundesbericht Forschung 1993

A. Problem

- a) Auf Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Juni 1976 zu Nummer 2 des Antrags in Drucksache 7/5389 und Beschluß in der 28. Sitzung vom 13. Oktober 1993 (Plenarprotokoll S. 1825) ist die Bundesregierung gehalten, alle vier Jahre dem Deutschen Bundestag einen Bericht über Ziele, Struktur und Schwerpunkte der Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung (Bundesbericht Forschung) vorzulegen.

- b) Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. begrüßen den vorliegenden Bundesbericht Forschung 1993 als eine ausführliche und umfassende Darstellung des Forschungssystems in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland soll die Bundesregierung ergänzende Maßnahmen durchführen, die den Stellenwert von Forschung und Technik im Bewußtsein der Öffentlichkeit erhöhen, die Rahmenbedingungen für Forschungsvorhaben verbessern und die Effizienz der Forschungsförderung steigern.
- c) Die Fraktion der SPD wertet den Bundesforschungsbericht 1993 als ein Dokument einer verfehlten Forschungspolitik der Bundesregierung. Die von der Fraktion der SPD erkannten Versäumnisse der Bundesregierung werden aufgezählt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Bündel von forschungs- und technologiepolitischen Maßnahmen durchzuführen, um eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft zu erreichen.

B. Lösung

- a) Der Bundesbericht Forschung 1993 — Drucksache 12/5550 — wird zur Kenntnis genommen.

Einvernehmen im Ausschuß

- b) Der Entschließungsantrag zum Bundesbericht Forschung 1993 der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. — Drucksache 12/6562 — wird angenommen.

Mehrheit im Ausschuß

- c) Der Entschließungsantrag zum Bundesbericht Forschung 1993 der Abgeordneten Josef Vosen, Angelika Barbe, Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD — Drucksache 12/6564 — wird abgelehnt.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Annahme des Entschließungsantrags zum Bundesbericht Forschung 1993 der Fraktion der SPD und Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

D. Kosten

Keine Angaben

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- a) Die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/6562 — zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 wird angenommen.
- c) Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/6564 — zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 wird abgelehnt.

Bonn, den 18. Mai 1994

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung

Wolf-Michael Catenhusen
Vorsitzender

Christian Lenzer
Berichterstatter

Josef Vosen

Jürgen Timm

Bericht der Abgeordneten Christian Lenzer, Josef Vosen und Jürgen Timm**1. Überweisungen**

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 202. Sitzung am 13. Januar 1994

- a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuß für Gesundheit, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen;
- b) den Entschließungsantrag — Drucksache 12/6562 — zur Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuß für Gesundheit, dem Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur Mitberatung überwiesen;
- c) den Entschließungsantrag — Drucksache 12/6564 — zur Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 dem Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie dem Auswärtigen Ausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft, dem Aus-

schuß für Arbeit und Sozialordnung, dem Verteidigungsausschuß, dem Ausschuß für Verkehr, dem Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 213. Sitzung am 3. März 1994 nachträglich

- a) die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 und
- b) den Entschließungsantrag — Drucksache 12/6562 — zur Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993

an den Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 222. Sitzung am 21. April 1994 nachträglich den Entschließungsantrag — Drucksache 12/6564 — zur Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/5550 — Bundesbericht Forschung 1993 an den Ausschuß für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

2. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zu den drei Vorlagen — Drucksachen 12/5550, 12/6562, 12/6564 — sind in der folgenden Tabelle synoptisch zusammengestellt.

**Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zum Bundesforschungsbericht 1993 (12/5550)
und den dazu gestellten Entschließungsanträgen der Fraktionen**

Mitberatende Ausschüsse	Drucksache 12/5550 (BuFo)	Drucksache 12/6562 (CDU/CSU und F.D.P.)	Drucksache 12/6564 (SPD)
Wirtschaft (27. April 1994)	einstimmige Kenntnisnahme	mehrheitliche Annahme	mehrheitliche Ablehnung
Auswärtiges (13. und 27. April 1994)	einstimmige Kenntnisnahme	mehrheitliche Annahme	mehrheitliche Ablehnung
Landwirtschaft (20. April 1994)	einstimmige Kenntnisnahme Darüber hinaus sollte der federführende Ausschuß dem Deutschen Bundestag empfehlen, den BMFT aufzufordern, die Bereiche „Naturstoff Chemie“ und „Grundlagenforschung der Pflanzenzüchtung“ stärker zu fördern. Weiter wird — mit Bezug auf Seite 157 des Forschungsberichts — empfohlen, vor dem Hintergrund von nur begrenzt zur Verfügung stehenden fossilen Rohstoffen und Energien und den sich daraus ergebenden Problemen und Gefährdungen für unsere Umwelt trotz derzeit niedriger Preise für fossile Rohstoffe und Energieträger die Schließung von Produktions- und Verwendungsalternativen für agrarisch erzeugte Rohstoffe weiter voranzutreiben.	einstimmige Annahme	
Bildung (2. März 1994)	mehrheitlich zustimmende Kenntnisnahme	mehrheitliche Annahme	mehrheitlich als erledigt erklärt, aber zu Nummer 3.7 einstimmige Annahme
Umwelt (2. Februar 1994)	einstimmige Kenntnisnahme	mehrheitliche Annahme	mehrheitliche Ablehnung
Gesundheit (27. April und 18. Mai 1994)	einstimmige Kenntnisnahme	einstimmige Annahme	mehrheitliche Ablehnung
Haushalt (20. April 1994)			mehrheitliche Ablehnung
Arbeit (9. März 1994)			Verzicht

Mitberatende Ausschüsse	Drucksache 12/5550 (BuFo)	Drucksache 12/6562 (CDU/CSU und F.D.P.)	Drucksache 12/6564 (SPD)
Verteidigung (9. März 1994)			mehrheitliche Ablehnung
Verkehr (9. März 1994)			der Ausschuß für Verkehr hat sich mit der Nummer 3.6 des Entschließungsantrags befaßt und empfiehlt — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD die ersten vier Spiegelstriche abzulehnen, weil die Inhalte bereits zu den bisherigen und aktuellen Themenfeldern der Verkehrsforschung gehören, die auch weiterhin im Zuge der technischen Entwicklung aktualisiert werden; — einstimmig den fünften Spiegelstrich anzunehmen, weil bei der Zusammenführung der Straße mit der Schiene zu einem integrierten System ein Forschungs- und Entwicklungsbedarf besteht.

3. Beratungsverlauf und Ergebnisse im federführenden Ausschuß

Die Fraktionen im Ausschuß stimmen darin überein, daß die Bedeutung von Forschung, Entwicklung und Technologie für die Zukunft Deutschlands, die Beschäftigungssituation, den Wohlstand und die Umwelt im Bewußtsein von Gesellschaft und Politik angehoben werden muß. Dies soll auch durch eine Erhöhung des Anteils der Forschungsmittel am Bundeshaushalt zum Ausdruck kommen. Der Forschungshaushalt solle von marktnahen Aufgaben entlastet werden, die entweder von anderen Ressorts oder der Industrie selbst zu leisten sind. Die Politik sollte sich stärker als bisher moderierend an dem Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beteiligen, um die allgemein akzeptierten Ziele staatlicher Forschungspolitik zu erreichen:

- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit,
- Verbesserung der Lebensbedingungen und
- Vertiefung des menschlichen Wissens.

Die Effizienz der Umsetzung von Forschungsergebnissen und neuen Technologien in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen ist zu steigern. Die staatliche Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen soll zugunsten der Projektförderung zurückgeführt werden. Die Grundlagenforschung soll aber auch in Zukunft in Deutschland auf einem hohen Niveau gehalten werden. Kleine und mittlere Unternehmen sind bei ihren Forschungsproblemen verstärkt zu unterstützen. Ein wichtiges Anliegen aller Fraktionen im Ausschuß ist die Wiederbelebung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern.

Die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. erklären ihre Bereitschaft, den Bundesminister für Forschung und Technologie bei seinen Bemühungen zu unterstützen, die Forschungs- und Technologiepolitik im Gesamtzusammenhang mit der Wirtschaftspolitik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der Verbesserung der Standortbedingungen in Deutschland zu diskutieren und voranzutreiben. Der von der Fraktion der SPD erhobene Vorwurf einer Vernachlässigung des Forschungshaushalts im Vergleich zum Gesamthaushalt des Bundes wird zurückgewiesen, weil der relative

Rückgang des Forschungshaushalts allein eine Folge des großen Defizits in der Industrieforschung in den neuen Bundesländern sei. Für die Förderung der Industrieforschung sei es wichtiger, bestimmte administrative Hemmnisse zu entfernen als neue besondere finanzielle staatliche Unterstützungen anzubieten. Die Genehmigungsverfahren für Forschungsvorhaben seien zu straffen. Eine wichtige Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sei die Schaffung einer technikfreundlicheren Atmosphäre in Deutschland. Die Fachleute sollten sich stärker als bisher zu Wort melden und die Bildung der öffentlichen Meinung zu technischen Fragen nicht den Nicht-Fachleuten überlassen. Großforschungseinrichtungen sollten daraufhin überprüft werden, welche Teile von ihnen privatisiert werden können.

Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sollten flexibler den Forschungsbelangen angepaßt werden. Die aktuelle Innovationsinitiative der Bundesregierung und der Wirtschaft, die das Ziel habe, die Situation der Technikakzeptanz in Deutschland zu verbessern, wird ausdrücklich begrüßt.

Die Vertreter der Fraktion der SPD sind der Auffassung, daß noch keine andere Bundesregierung die Förderung von Forschung und Technologie so heruntergefahren habe wie die derzeitige Regierung. Diese Entwicklung gefährde die technologische Wettbewerbsposition Deutschlands ebenso wie unsere Fähigkeit zur Bewältigung von sozialen und ökologischen Zukunftsaufgaben. Nach einer Regierungsübernahme durch die SPD soll der Forschungshaushalt um ca. 1 Mrd. DM aufgestockt werden. Die mangelhafte Abstimmung der Ressortforschung wird kritisiert. Die Politik dürfe nicht nur Forschung und technologische Entwicklung begleiten, sondern sie müsse den gesamten Innovationsprozeß im Auge haben. Übergeordnetes Ziel staatlicher Forschungspolitik sollte die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft sein. Der Staat solle deshalb

nicht nur angebotsorientiert fördern, sondern auch die Nachfrage stimulieren. Im Bereich der neuen Energietechniken habe die Bundesregierung versäumt, ein öffentliches Nachfrageprogramm mit entsprechenden FuE- und Entwicklungshilfe-Programmen zu starten. Die staatliche Energieforschung soll auf die Förderung erneuerbarer Energie- und Energiespartechiken konzentriert werden. Im Bereich der Umweltforschung und -technologien gebe es ebenfalls massive Defizite, wie eine Anhörung in der Fraktion der SPD gezeigt habe. Im Bereich der Gesundheitsforschung sei die Informationslage der Bundesregierung sehr mangelhaft. Die im Rahmen der allgemeinen Haushaltseinsparungen vom Bundesminister der Finanzen verfügten Kürzungen von Haushaltsmitteln bei den Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern hätte der Bundesminister für Forschung und Technologie verhindern müssen.

Der Ausschuß hat in seiner 56. Sitzung am 18. Mai 1994 gemeinsam mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie eine Aussprache zur Forschungspolitik der Bundesregierung geführt. Nach dieser Aussprache hat der Ausschuß den Bundesbericht 1993 einvernehmlich zur Kenntnis genommen. Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/6562 — zur Unterrichtung durch die Bundesregierung Bundesbericht Forschung 1993 — Drucksache 12/5550 — wurde mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste angenommen. Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/6564 — zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung Bundesbericht Forschung 1993 — Drucksache 12/5550 — wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und die Stimme der Gruppe der PDS/Linke Liste abgelehnt.

Bonn, den 18. Mai 1994

Christian Lenzer

Josef Vosen

Jürgen Timm

Berichterstatter

